

Universitätsreform – warum und zu welchem Ende? 12 Thesen¹

Reinhard Kreckel
Wittenberg/Halle

Die 1502 gegründete Universität Wittenberg, der Ort der humanistischen Bildungsreform Philipp Melanchthons, war die deutsche Reformuniversität des frühen 16. Jahrhunderts. Knapp zwei Jahrhunderte später, 1694, wurde unter dem Einfluß des Frühaufklärers Christian

Thomasius die Universität Halle gegründet. Sie wurde zur deutschen Reformuniversität des frühen 18. Jahrhunderts.

Die heutige Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg trägt somit das Erbe zweier Reformuniversitäten in sich. Seit ihren Anfängen gehört es zu ihrer historischen Erfahrung, daß Universitäten sich – angesichts veränderter externer Umstände und interner Erstarrungstendenzen – immer wieder erneuern müssen und daß sie dazu auch fähig sind. Im 20. Jahrhundert hat sie dann allerdings auch die Erfahrung gemacht, daß radikale Reformversuche, die alles „auf einmal und gleichzeitig“ verändern wollten, vieles Erhaltenswerte gefährdet haben.

Seit einiger Zeit findet in Deutschland eine intensive öffentliche Hochschuldiskussion statt. Verfolgt man diese Diskussion, so scheint

¹ Auftaktrede zu einer öffentlichen Disputation des Akademischen Senats der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg am 31.10.2001 in Wittenberg, anläßlich der Eröffnung der 500-Jahrfeier der Universität.

große Einhelligkeit darüber zu bestehen, daß es für die deutschen Hochschulen einen dringenden "Reformbedarf" gebe. Fast ebenso breit ist aber auch der öffentliche Konsens darüber, daß die Hochschulen nicht selbst in der Lage seien, die erforderlichen Reformen aus eigener Kraft auf den Weg zu bringen.

Das heißt, man ist sich einig, *daß* die Hochschulen einer Reform unterzogen werden müssen und daß es dazu eines Anstoßes von außen bedarf. *Was* aber zu reformieren sei und *wie* man dabei vorzugehen habe, darüber gehen die Auffassungen weit auseinander. Zwar ist nicht zu verkennen, daß Ansätze aus dem Umkreis des „New Public Management“ in der heutigen Hochschulreformdiskussion eine gewisse Meinungsführerschaft erlangt haben und daß gelegentlich sogar ein radikaler „Systemwechsel“ propagiert wird. Dennoch bleibt aber der vorherrschende Eindruck der einer unübersichtlichen Vielfalt von Krisendiagnosen, von punktuellen Reformvorschlägen und divergierenden Zielsetzungen. Ebenso fällt auf, daß Personen und Organisationen mit höchst unterschiedlicher Sachkompetenz und Interessenlage in die Debatte eingreifen – und Gehör finden.

Ich denke deshalb nicht, daß diese Disputation sich einfach nur in die Stimmenvielfalt einmischen sollte. Ich schlage vielmehr vor, die ganze verzweigte hochschulpolitische Diskussion mit ihren punktuellen Lösungsvorschlägen und Aufgeregtheiten zunächst einmal beiseite zu lassen. Statt dessen möchte ich, als gemeinsamen Ausgangspunkt für die anschließend zu entwickelnden Disputationsthesen, die folgenden *drei allgemeinen Strukturtatsachen* hervorheben:

1. die Vervielfachung der Studierendenzahlen in den letzten Jahrzehnten;
2. die andauernde Unterfinanzierung der Hochschulen;
3. die beginnende Internationalisierung des Hochschulsystems.

Das gemeinsame Kennzeichen dieser drei Ausgangstatsachen ist es, daß sie einen spürbaren und dauerhaften *Handlungsdruck* auf die deutsche Hochschullandschaft ausüben: Die Tatsache, daß das auf die Ausbildung von etwa 5% eines Alterjahrganges ausgelegte traditionelle deutsche Hochschulsystem mittlerweile vor der Aufgabe steht, einen Jahrganganteil von ca. 30% (und künftig evtl. mehr) Studierenden angemessen zu betreuen, ist unbezweifelbar eine solche Handlungsdruck erzeugende Stukturtatsache.

Ebenso unstrittig ist auch die zweite Tatsache, die langandauernde Unterfinanzierung der deutschen Hochschulen – sei es wegen allgemeiner Haushaltsprobleme von Bund und Ländern, sei es aufgrund der gestiegenen Studierendenzahlen und der damit verbundenen Folgekosten. Schätzungen schwanken zwischen einem zusätzlichen Finanzbedarf von 3-5 Milliarden Euro. Das für die Hochschulen entscheidende Novum ist hier, daß sie nicht mehr länger mit einer verlässlichen Ausfinanzierung ihrer Stellenpläne und ihrer sächlichen Erfordernisse rechnen können.

Daß als dritte Strukturtatsache neben diesen beiden auch die Internationalisierung der Hochschulen genannt wird, mag überraschen. Die Internationalität von Forschung und Lehre ist bekanntlich schon immer ein Merkmal der Hochschulen gewesen. Neu ist aber, daß Hochschulen zunehmend in einen direkten internationalen Wettbewerb um Studierende, um Forscher und um Mittel geraten. Neu ist auch, daß es mittlerweile einen politischen Internationalisierungsdruck für die Hochschulen gibt, der sich etwa in den Deklarationen der Wissenschaftsminister von Paris, Bologna und Prag und in der neueren Hochschulgesetzgebung von Bund und Ländern niederschlägt.

Die drei genannten allgemeinen Strukturtatsachen werden im Rahmen dieser Disputation besonders hervorgehoben, weil sich ihnen eine Reihe von generellen hochschulpolitischen Folgeproblemen zuordnen lassen, auf die Antworten gefunden werden müssen. Spezifische Strukturtatsachen – wie etwa die Einbindung der Hochschulen der Neuen Bundesländer in das westdeutsch geprägte gesamtdeutsche Hochschulsystem – werden deshalb in diesem Zusammenhang nicht angesprochen. Bei meinen nun folgenden 12 Thesen geht es vielmehr um den Umgang mit dem allgemeinen „strukturbedingten Handlungsdruck“, dem das ganze deutsche Hochschulsystem sich heute gegenüber sieht. Ihm gilt jetzt auch meine erste These:

These 1: Durch die Veränderung von strukturellen Rahmenbedingungen werden bewährte Handlungsmuster der Hochschulen problematisch.

Durch die Vervielfachung der Studierendenzahlen, die Unterfinanzierung und die Internationalisierung haben sich die Rahmenbedingungen für die deutschen Hochschulen verändert. Was immer sie tun oder unterlassen, immer ist es eine Antwort auf diese Gegebenheiten. Das heißt, nicht nur

gezielte Reformaktivitäten und Bemühungen, die Rahmenbedingungen aktiv zu beeinflussen, auch das bewußte Nicht-Handeln oder das beharrliche Beibehalten bewährter Formen sind Verhaltensweisen mit Auswirkungen, ob gewollt oder nicht. Für diese tragen die zuständigen Akteure in den Hochschulen und in der Hochschulpolitik Verantwortung.

These 2: Das deutsche Hochschulsystem hat auf die Expansion der Studierendenzahlen mit der Ausprägung von drei Hochschultypen reagiert.

Als Antwort auf die erste allgemeine Strukturtatsache, die wachsende Studienplatznachfrage seit Anfang der 70er Jahre, hat das (seit 1990 für Gesamtdeutschland verbindliche) westdeutsche Hochschulsystem eine bis heute gültige Ausdifferenzierung in die folgenden drei strukturprägende Hochschultypen vollzogen:

- (1.) Die klassischen Volluniversitäten, die daran zu erkennen sind, daß sie neben den traditionellen „oberen Fakultäten“ (Theologie, Jura und Medizin) über ein breites natur-, sozial- und geisteswissenschaftliches Fächerspektrum mit vielen sogenannten „kleinen Fächern“ verfügen.
- (2.) Die modernen Schwerpunktuniversitäten, meistens Neugründungen oder ausgebaute Technische oder Pädagogische Hochschulen, in denen es nur eine begrenzte Palette von Fächern gibt.
- (3.) Der neu entwickelte Typus der Fachhochschulen, die ebenfalls nur ein sehr begrenztes Fächerspektrum anbieten. Ihre Hauptaufgabe ist die berufsnah Ausbildung von Studierenden, hinzu kommt die anwendungsorientierte Forschung. Die Grundlagenforschung und die Nachwuchsqualifikation mit Promotion und Habilitation bleiben den Universitäten vorbehalten.
- [(4.) Ein vierter Typus, die Gesamthochschule, der den Typus der modernen Schwerpunktuniversität mit dem der Fachhochschule verbinden sollte, hat sich nicht durchgesetzt.]

These 3: Die klassischen Volluniversitäten sind durch die zahlreichen Hochschulneugründungen in die Minderheit geraten.

Von den heute in der Hochschulrektorenkonferenz zusammengeschlossenen 258 Hochschulen sind nur noch etwa 10% dem Typus der klassischen Volluniversität zuzuordnen, ca. 20% dem Typus der modernen Schwerpunktuniversität, knapp 50% sind Fachhochschulen. (Die restlichen Hochschulen sind spezialisierte Kunsthochschulen, Pädagogische oder Theologische Hochschulen u.ä.). Das bedeutet, daß für die übergroße Mehrzahl der heute existierenden Hochschulen die zur Zeit gängige Forderung nach „Prioritätensetzung, Profil- und Schwerpunktbildung“ genau das ist, was sie ohnehin praktizieren. Ihre Problemsicht scheint sich also durchzusetzen; die klassischen Volluniversitäten mit breit gefächerten Konturen sind in die Minderheit geraten. Um 1965, vor dem Beginn der großen Hochschulgründungswelle, verhielt sich das noch anders. Damals bestimmten 22 Volluniversitäten (16 im Westen, 6 im Osten) das Bild; daneben gab es 15 Technische Hochschulen und eine Reihe von Spezialhochschulen in Deutschland.

These 4: Die Volluniversität ist als Regelhochschule überholt, nicht aber als Leitbild für die deutsche Hochschul-landschaft.

Der weithin akzeptierte Satz der nordrhein-westfälischen Wissenschaftsministerin Gabriele Behler: “Die Volluniversität ist als Leitbild nicht mehr zeitgemäß“ (*Die Welt*, 19.5.1999), beschreibt die Entwicklung der Zahlenverhältnisse im Hochschulbereich im Sinne der vorherigen These zwar richtig. Als normative Aussage ist er aber unangemessen. Denn die klassische „universitas litterarum et scholarum“ erfüllt weiterhin eine wichtige Leitbildfunktion, gerade auch für die neuen Schwerpunktuniversitäten und die Fachhochschulen. Auch wenn eine Volluniversität selbstverständlich keine „Komplettuniversität“ sein kann, in der alles angeboten wird, so ist sie doch der einzige Ort, wo die in der modernen Forschung so unerläßliche Interdisziplinarität auf solider disziplinärer Grundlage und unter einem Dach gepflegt werden kann. Vielfalt ist ihre Stärke. Sie ist auch der einzige Ort, wo die sogenannten „kleinen Fächer“ eine Entwicklungschance finden. So kann sie ein Gegengewicht zu den Vereinseiti-

gungstendenzen bilden, die im heutigen Forschungsförderungssystem und in der ausgeprägten Berufsorientierung des Ausbildungssystems angelegt sind. Aufgrund ihrer strukturellen Komplexität bieten die klassischen Volluniversitäten auch eine gewisse Gewähr dafür, daß nicht jeder Modeschwenk umstandslos mitvollzogen wird. Trotz – oder vielleicht gerade wegen – ihres ausgeprägten institutionellen Eigensinns sollte man nicht versuchen, sie auf ein Einheitsmaß zurückzuschneiden.

Wie soeben angedeutet, hat die Ausbildungsfunktion der Hochschulen in den letzten Jahrzehnten stetig an Gewicht gewonnen. Das Humboldt'sche Ideal der forschungsnahen Bildung wurde gerade in den studentenstarken Fächern von der immer dringlicheren Aufgabe der berufsbezogenen Ausbildung in den Hintergrund gedrängt. Wegen des starken Anstiegs der absoluten Zahl und des relativen Bevölkerungsanteils der Studierenden war dies unvermeidlich. Zugleich war die kontinuierliche Expansion der Studentenschaft auch eine der Wurzeln der chronischen Unterfinanzierung der Hochschulen. Man hat versucht, dieses Problem durch die Einrichtung und den Ausbau der primär ausbildungsorientierten und relativ kostengünstigen Fachhochschulen zu bewältigen. Bis heute schreiben sich aber nur knapp ein Drittel der Studienanfänger an Fachhochschulen ein, zwei Drittel gehen an die sehr viel kostenintensiveren Universitäten.

These 5: Die funktionale Differenzierung zwischen Fachhochschulen und Universitäten ist nur unvollkommen vollzogen worden.

Den auf die berufsnahe wissenschaftliche Ausbildung spezialisierten, relativ kostengünstig arbeitenden Fachhochschulen wurde nur ein relativ enges Fächerspektrum (vor allem im Wirtschafts-, Sozial- und Ingenieurbereich) eröffnet. Das hatte zur Konsequenz, daß auch die Universitäten einen großen Teil der steigenden Ausbildungsaufgaben zu übernehmen hatten. Dem diente der Auf- und Ausbau von zahlreichen neuen Schwerpunktuniversitäten. Für diese galt (und gilt) aber, wie für alle Universitäten, das Primat der Forschungsorientierung. Das ist zum einen kostspielig, zum anderen führt es zu dem Dilemma, daß angesichts hoher Studierendenzahlen die Forschungs- und die Lehraufgaben miteinander in Konflikt geraten. Die bekannten Klagen über Ausbildungsdefizite *und* über Forschungsschwächen an den Universitäten sind eine wenig überraschende

Folgeerscheinung dieser Entwicklung – eine Folgeerscheinung, die eben nicht *nur* der Finanzknappheit zuzurechnen ist, sondern auch dem Umstand, daß die funktionale Differenzierung zwischen Fachhochschulen und Universitäten auf halbem Wege stehen geblieben ist.

These 6: Eine klare funktionale Differenzierung zwischen "praktischen" Fachhochschulen und "theoretischen" Universitäten ist heute nicht mehr zu verwirklichen.

Es ist immer wieder vorgeschlagen worden, klare Verhältnisse zu schaffen und die anwendungsorientierten Studiengänge der Universitäten an die Fachhochschulen zu überführen, die damit zur „Regelhochschule“ für die große Mehrzahl der Studierenden würden. Den Universitäten bliebe dann die Funktion der Elitenbildung und der Grundlagenforschung vorbehalten, ihrer schleichenden „Verfachhochschulung“ wäre Einhalt geboten. Dieser Vorschlag ist konsequent, aber wenig realistisch – einmal sicherlich wegen des zu erwartenden Widerstandes der auszulagernden Universitätsfächer, vor allem aber, weil dann auch der Universitätstatus vieler neugegründeter Schwerpunktuniversitäten wieder in Frage gestellt werden müßte.

These 7: Der Übergang von der funktionalen zur vertikalen Differenzierung durch "Verwettbewerblichung" des Hochschulsystems ist eine gefährliche Alternative.

Funktionale Differenzierung erschwert den Verdrängungswettbewerb und schont deshalb Kräfte. Wenn die funktionale Differenzierung der deutschen Hochschullandschaft aber, wie in These 5 behauptet, ohnehin auf halbem Wege stehen geblieben ist, liegt es nahe, sie ganz aufzugeben und – nach britischem Vorbild – alle Fachhochschulen zu Universitäten zu machen. In die gleiche Richtung zielt auch der zunehmende Internationalisierungs- bzw. Europäisierungsdruck, der auf die Angleichung der Studiengangsstrukturen und die internationale Vergleichbarkeit der Hochschultypen drängt. Nicht von ungefähr lautet die offizielle englische Bezeichnung der deutschen Fachhochschulen schon heute: "University of Applied Sciences". Die neuen, auf Internationalisierung abzielenden Bachelor- und Masterstudiengänge können bereits unterschiedslos an Universitäten und Fachhochschulen eingerichtet werden.

Sobald man aber die Demarkationslinien zwischen den unterschiedlichen Hochschultypen völlig beseitigt, wird ein Verdrängungswettbewerb aller gegen alle um gute Studenten, knappe Mittel und berühmte Forscher in Gang gesetzt. An die Stelle der funktionalen Differenzierung tritt dann – wie bei jedem offenen Wettbewerb – eine vertikale Differenzierung zwischen den im Wettbewerb Erfolgreichen und den weniger Erfolgreichen. In dem seit Jahrhunderten staatlich finanzierten deutschen Hochschulsystem kann man sich allerdings nur schwer ein marktwirtschaftliches Wettbewerbssystem (mit kostendeckenden Studiengebühren und Marktpreisen für Forschungsleistungen) vorstellen. Deshalb ist eher damit zu rechnen, daß es in einer funktional entdifferenzierten deutschen Hochschullandschaft zu einem weiteren Bedeutungszuwachs von markt-simulierenden Leistungsindikatoren, Evaluierungen oder Akkreditierungen als Entscheidungsgrundlage für die Zuweisung von Mitteln kommen müßte. Der dysfunktionale Energieaufwand, die Bürokratisierungsgefahren und die hohen Kosten derartiger Verfahren sind von Fachleuten häufig kritisiert worden.

Wenn man – wie hier in der 500jährigen Reformuniversität Halle-Wittenberg – die konturenreiche Geschichte und Struktur einer klassischen Volluniversität vor Augen hat, wird man abrupten Änderungsvisionen wie der gerade skizzierten mit besonderer Skepsis begegnen. Andererseits aber darf sich keine Universität den sie betreffenden allgemeinen Strukturtatsachen verschließen – weder in West- noch in Ostdeutschland. In den Neuen Bundesländern ist zwar die Nachfrage nach Studienplätzen geringer, dafür ist aber die Unterfinanzierung deutlich größer als in vergleichbaren westlichen Universitäten. Und der Internationalisierungsdruck, der uns die Einführung von Bachelor- und Mastergraden, die Modularisierung der Studiengänge und die Einführung von Credit-Point-Systemen auferlegt, gilt für alle Hochschulen in Deutschland. Vor diesem Hintergrund ist meine vermittelnde achte These zu sehen:

These 8: Universitäten und Fachhochschulen können durch das Angebot von theorie- und von anwendungsorientierten Bachelor- und Masterstudiengängen zu einer komplexen Arbeitsteilung kommen.

Auch wenn man mit gutem Grunde bezweifelt, ob die generelle Einführung des Bachelor- und Mastergrades für die weitere internationale Öff-

nung der deutschen Hochschulen wirklich erforderlich ist – sie wird kommen. Darauf sollte man sich schon aus pragmatischen Gründen einstellen. Man sollte sich zum einen darauf konzentrieren, keine nur “hochschulpolitisch korrekten“, sondern fachlich seriöse Bachelor- und Masterstudiengänge einzuführen. Zum anderen sollte man die damit verbundene Chance zur Studienreform nutzen. Sie liegt darin, daß man auch an der Universität Abschied von der Illusion nehmen muß, alle ihre Studierenden streben ein forschungsorientiertes Studium an. Überall dort, wo es sachlich sinnvoll ist, sollte zunächst in einem etwa sechssemestrigen Bachelorstudium das erforderliche fachliche Rüstzeug erworben werden. Anschließend sollte die Möglichkeit zur Entscheidung zwischen drei Wahlmöglichkeiten geben: Übergang ins Berufsleben, praxisorientierten Masterstudium oder forschungsorientiertes Masterstudium. Vor dem Masterstudium könnte selbstverständlich auch eine Berufs- oder Familienphase eingeschoben werden.

Wichtig ist, daß an der „Scharnierstelle“ zwischen Bachelor und Master problemlose Hin- und Herbewegungen zwischen Universitäten und Fachhochschulen möglich sind. Dabei sollte der KMK-Beschluß vom März 1999 zur Geltung gebracht werden, der die theorie- und forschungsorientierten Masterstudiengänge den Universitäten vorbehält, weil nur sie Grundlagenforschung betreiben und über eine entsprechende Forschungsinfrastruktur verfügen. Das heißt, eine Beibehaltung der funktionalen Differenzierung zwischen Universitäten und Fachhochschulen mit hoher Durchlässigkeit, komplementären Aufgaben und begrenztem Wettbewerb im Bereich der praxisnahen Studiengänge sollte das Ziel sein.

These 9: Die Gleichheitsfiktion zwischen Universitäten und zwischen Fachhochschulen trägt auch zur Qualitätssicherung bei.

Qualitätsunterschiede zwischen deutschen Universitäten, zwischen einzelnen Fakultäten und Wissenschaftlern hat es immer gegeben. Für Fachleute waren sie nie ein Geheimnis. In Gestalt der Institutionalisierung des Prinzips der wissenschaftlichen Kritik, durch Begutachtungsverfahren und peer-review-Prozeduren hat es auch einen funktionierenden Modus der Qualitätssicherung gegeben – allerdings vornehmlich im Bereich der Forschung. Schließlich ist auch der Wettbewerb um akademische Reputa-

tion, um Forschungsmittel oder um die besten Schüler schon immer ein wichtiges Prinzip gewesen.

Dennoch haben sich die Universitäten (und auch die Fachhochschulen) in Deutschland bisher gegen offizielle Rangordnungen verwahrt und eine Gleichheitsfiktion praktiziert. Ihr wirft man nun gerne vor, sie sei völlig realitätsfern, sie wirke sich für Forschung und Lehre leistungshemmend und lähmend aus. Allerdings sollte man sich klar machen, daß die Gleichheitsfiktion auch mit dazu beigetragen hat, daß das Niveau von Forschung und Lehre – und damit das internationale Ansehen der deutschen Universitäten und ihrer Absolventen – insgesamt sehr beachtlich war und ist. Echte Spitzenleistungen kamen immer vor, sind aber selten. Gegenwärtig deutet nun vieles darauf hin, daß in der Hoffnung, eine allgemeine Leistungssteigerung erwirken zu können, ein offener Wettlauf zwischen den Hochschulen um wenige Spitzenplätze inszeniert werden soll. Hat dieser Wettlauf erst einmal begonnen, so werden viele Verlierer daraus hervorgehen. Sollten dereinst in einer funktional entdifferenzierten deutschen Hochschullandschaft auch die Fachhochschulen zu Universitäten werden und sich an dem allgemeinen Wettlauf beteiligen, dann wird die Zahl der Verlierer noch größer werden. Die eine oder andere Fachhochschule würde sich vielleicht nach vorne arbeiten. Die meisten anderen würden dann aber – statt einer ehrenwerten Fachhochschule und anderen – zu einer fünftrangigen Universität.

These 10: Reformbedarf besteht – aber vor revolutionärer Ungeduld wird gewarnt.

Die großen strukturellen Herausforderungen für die deutschen Hochschulen können nicht ignoriert werden, auch von den klassischen Volluniversitäten nicht. Aber angesichts ihrer Fächervielfalt und institutionellen Erfahrung wird die Einseitigkeit und Vordergründigkeit vieler punktueller Reformversuche und -vorschläge der letzten Zeit für sie besonders deutlich spürbar. Sollte man sich wirklich ungeprüft darauf verlassen, daß die Abschaffung der Habilitation zu einer nachhaltigen Verjüngung und Qualitätsverbesserung der Professorenschaft führt? Oder daß sich Forschungs- und Lehrleistungen durch Prämienzahlungen steigern lassen? Oder soll man von der Einführung eines „Probejahres für Studierende“ wirklich eine nachhaltige Effektivierung und Beschleunigung des Studiums erwarten? Oder sollte man sich eine solche Wirkung eher von Studiengebühren für

Langzeitstudierende erhoffen? Und wie sieht es mit der intellektuellen Qualität von englischsprachigen Studiengängen aus, die von primär deutschsprachigen Dozenten gelehrt werden?

Angesichts solcher und ähnlicher – keineswegs erfundener – Beispiele wäre ein sehr behutsamer Umgang mit dem auf uns zukommenden Reformdruck klug. Die deutschen Hochschulen, zumal die klassischen Volluniversitäten, sind wertvolle, in vielen Zeitläuften erfahrene und trotz vieler Widrigkeiten leistungsfähige Institutionen. Sie waren immer wieder zu Reformen in der Lage, ohne dabei ihre Besonderheit aufzugeben.

These 11: An den drei Hochschultypen "klassische Volluniversität", "moderne Schwerpunktuniversität" und "Fachhochschule" soll festgehalten werden.

Wenn man nicht „alles auf einmal und gleichzeitig“ verändern will, ist es sicherlich auch klug, sich jetzt eindeutig für den Erhalt des etablierten dreigliedrigen Hochschulwesens in Deutschland zu entscheiden – also: (1.) für den Typus der "klassischen Volluniversitäten", die ihre Stärke aus ihrer Vielfalt ziehen und die die Leitidee der 'universitas litterarum et scholarum' am besten verkörpern, (2.) für den Typus der "Modernen Schwerpunktuniversitäten", die mit ihrer zuspitzenden Profilbildung und größeren Unbefangenheit eine wirkliche Alternative zu den Volluniversitäten sind und ihnen da und dort den Rang ablaufen, und (3.) für den Typus der "Fachhochschulen", die in komplementärer Arbeitsteilung mit den Universitäten eine wissenschaftlich fundierte anwendungsbezogene Ausbildung bieten und mit entsprechenden Forschungen unterstützen. Zur Existenz dieser drei Hochschultypen sollte man sich bekennen, trotz aller internationalen Vereinheitlichungstendenzen. Ihre Konkurrenz um Studierende sollte man ermutigen. Und der Notwendigkeit, die Qualität ihrer Forschungs- und Lehrleistungen und die Rationalität ihres Umgangs mit öffentlichen Mitteln offen nachzuweisen, um ihren Finanzbedarf zu legitimieren, kann sich mittlerweile ohnehin keine Hochschule mehr entziehen. Insofern stehen sie alle – nolens volens – im Leistungswettbewerb miteinander. Gerade deshalb ist ein gewisser institutioneller Schutz für sie ein Gebot der Klugheit.

These 12: Ohne eine von allen respektierte innere Gliederung wird das deutsche Hochschulsystem nicht zu einer Reform aus eigener Kraft kommen.

Man könnte sich wundern, warum im Rahmen dieser Disputation die ordnungspolitische Frage so sehr in den Vordergrund gestellt werden soll. Aber wer seit Jahren die zerfahrene Hochschulreformdiskussion in Deutschland verfolgt hat oder die Debatten in der Hochschulrektorenkonferenz, die von uneingestanden Statusrivalitäten und dem Ringen um strategische Vorteile geprägt sind, der weiß, dass die innere Zerrissenheit der deutschen Hochschullandschaft ein Hindernis für selbstbewußte Reformen ist. Dem kann abgeholfen werden.